dortigen Regierung und Regentschaft unserer Monarchie gegenüber zu sprechen für nothwendig fand, zeigen an, daß der Panslawismus gerade jetzt eifrig thätig ist, die Stellung Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu untergraben. Wenn auch Serbien allein zu schwach sei, um ernste Verwickelungen herbeizuführen, so lasse es sich doch als Sturmbock verwenden, und es wäre angesichts der Stärke der panslawistischen Strömung Leichtsinn, im Gefühle der Ueberlegenheit gegenüber Serbien die nothwendigen Vorsichtsmaßregeln wider den „großen Gegner" zu versäumen. Das Bündniß der Friedensmächte habe seine stärkste Basis in den Heeresmassen, welche die Verbündeten zu gegenseitiger Unterstützung aufbieten können. — Die „Neue Freie Presse" bemerkt zu den Ausführungen des Reichskriegsministers im Ausschusse der ungarischen Delegation, es werde gewiß möglich sein, die Summe für die Erhöhung des Präsenzstandes und auch die hundert Millionen, welche der Kriegsminister braucht, aufzubringen. Die Monarchie sei reich genug, um ihren Ruhm und eine Schutzwehr des Friedens zu bezahlen, aber jede heroische Anstrengung lasse eine Ermüdung und Schwäche zurück. Das finanzielle Problem, welches durch die Rüstungen aufgerollt wird, meint das Blatt, dränge zu einer neuen Organisation der Armee, welche gestattet, mit geringeren Mitteln die höchsten Resultate zu erzielen, eine Vermittelung zwischen den Bedingungen der militairischen und der wirthschaftlichen Kraft zu ermöglichen. Vielleicht liege die Lösung in einer Verkürzung der Dienstzeit, gegen welche die Regierungen sich noch sträuben, obschon sie eine Nothwendigkeit geworden ist.

* Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation genehmigte den Bericht des Referenten Freiherrn v. Walterskirchen mit einigen Abänderungen, nachdem die Verhandlung über den allgemeinen Theil auf Wunsch des Grafen Kalnoky in vertraulicher Sitzung behandelt worden war. Sodann wurde der Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums ohne Debatte genehmigt und der Bedeckungsposten „Zollgefälle" angenommen. — Im Heeresausschusse der ungarischen Delegation gab der Kriegsminister die Erklärung ab, daß eine Vermehrung der Officiere des Friedensstandes nicht beabsichtigt sei, doch habe er gegen den Uebertritt von Reserveofficieren, denen er großes Vertrauen entgegenbringe, zum activen Heere Nichts einzuwenden. — Im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation machte der Sectionschef v. Szögyenyi die Mittheilung von der Anstellung von Rechtsanwälten bei den Consulaten. Dieselbe sei bisher bei den Consulaten in Petersburg, Moskau, Sofia und Varna durchgeführt worden.

* Die in Rom erscheinende „Riforma" bemerkt zu den Reden des Grafen Kalnoky in den Delegationen: Die Erklärungen des Grafen Kalnoky hellten die Lage sowohl bezüglich der allgemeinen Politik, als auch der Politik des Orients auf, dieselben seien, was den Orient anbeträfe, mit Freuden zu begrüßen. Graf Kalnoky habe formell die Versicherungen erneuert, daß die Politik Oesterreich-Ungarns, seiner Alliirten und Englands nur die Unabhängigkeit der Balkanstaaten im Auge habe. Das Vorgehen der österreichischen Regierung ermögliche eine vollständige Uebereinstimmung mit der italienischen Regierung, deren Programm die Entwickelung der Nationalitäten, die Kräftigung und Selbstständigkeit dieser Staaten im Einklang mit der Achtung der Verträge sei.

* In der französischen Deputirtenkammer befragte der Boulangist Vaudeau die Regierung über die Maßregeln, welche sie den Behörden gegenüber ergriffen habe, die Borras verurtheilt und seine Rehabilitirung verhindert hätten. Die in eine Interpellation umgewandelte Frage wurde auf Antrag des Deputirten Thevenet auf 14 Tage zurückgestellt, da der Justizminister behufs Information einen Aufschub begehrte. Eine Interpellation des Deputirten Delafosse über die Lage der Franzosen in Tunis wurde auf Antrag Ribot's gleichfalls vertagt. Lacretelle brachte den Antrag ein, Borras eine Pension von 6000 Francs zu gewähren. Der Antrag wurde an die Strafproceßcommission verwiesen, die zur Berathung des Antrages, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, bereits eingesetzt ist. Hierauf trat die Kammer in die Tagesordnung ein.

* Wie man aus Madrid berichtet, beabsichtigt die Königin-Regentin Marie Christine alsbald nach dem Schlusse der gegenwärtigen Kammersaison, welcher anfangs Juli erfolgen wird, sich für längere Zeit nach San Sebastian zu begeben. Bis dahin wird die Königin in der spanischen Hauptstadt verbleiben, da von dem für einige Zeit in Aussicht genommenen Aufenthalt im Lustschlosse von Aranjuez in Folge des Auftretens von Diphtheritis an diesem Orte abgesehen werden mußte. Sowohl die Königin-Regentin, wie der junge König erfreuen sich des befriedigendsten Gesundheitszustandes.

* Auf eine im englischen Unterhause an den Unterstaatssecretair Fergusson gerichtete Anfrage, ob die Mittheilungen eines Londoner Abendblattes über eine erfolgte oder unmittelbar bevorstehende englisch-deutsche Vereinbarung über die englische und deutsche Einflußsphäre in Afrika im Wesentlichen wahr seien, erklärte derselbe, über diesen Punct könne gegenwärtig keine Erklärung abgegeben werden. Er sei davon überzeugt, daß Lord Salisbury an seinen Erklärungen festhalten werde; etwas Weiteres könne er nicht sagen. — In einer am Donnerstag Nachmittag im Carlton Club stattgehabten und sehr zahlreich besuchten Versammlung der conservativen Partei wies Lord Salisbury auf die dringende Nothwendigkeit hin, der von der Opposition verfolgten Verschleppungstaktik entgegen zu treten und schlug zu diesem Zwecke eine Abänderung der Geschäftsordnung des Unterhauses dahin vor, daß die Gesetzvorlagen, die das Stadium der Berathung im Comité des Unterhauses erreicht haben, nöthigenfalls bis zur nächsten Session zur Berichterstattung zurückgestellt werden können. Lord Salisbury bemerkte gleichzeitig, die Regierung sei entschlossen, auf die Gesetzvorlagen über den Zehnten, sowie über den Rückkauf von Ländereien in Irland und über die Entschädigung der Wirthe, denen die Licenzen entzogen worden sind, nicht zu verzichten. Die Versammlung war mit den Vorschlägen Lord Salisbury's im Allgemeinen nicht einverstanden und sprach sich mehr für eine Herbstsession aus. Dem Vernehmen nach würde die Regierung die Angelegenheit in erneute Erwägung ziehen. — Der Polizeichef von London, Monroe, hat seine Entlassung gegeben, weil der Minister des Innern mehrere von ihm gemachte Vorschläge nicht annahm.

* Wie man aus London berichtet, soll sich Lord Wolseley im Auftrage des englischen Auswärtigen Amtes nächstens nach Suakim begeben, um dort mit einem Vertreter der italienischen Regierung zunächst gewisse Verkehrserleichterungen zwischen den englischen Behörden in Suakim und den italienischen in Massauah zu vereinbaren, die im Princip bereits anläßlich der Mission des italienischen Generals Dal Verme in London festgestellt wurden. Des Weiteren wird Lord Wolseley die Mission erhalten, Verhandlungen mit den Sudanesen zu dem Zwecke einzuleiten, daß der Handelsweg von Suakim über Berber nach Khartum dem Verkehre wieder eröffnet werde. Da die Mehrzahl der Sudanesenstämme durch Hunger und Krankheiten schwer heimgesucht ist, hofft man, daß dieselben sich zu Verhandlungen mit England bereit zeigen werden, zumal der Mahdi nur mehr wenig Anhänger zählt und sein Widerstand kaum mehr ernstlich in Betracht kommen könnte.

* Der deutsche Botschafter in Petersburg, von Schweinitz, ist in das Ausland abgereist.

* In den Vereinigten Staaten von Amerika will man keine Großgrundbesitzer mehr dulden, welche ihren Besitz lediglich als Rentenquelle benutzen, um mittelst der letzteren im Auslande ein bequemes Leben zu führen. Zunächst allerdings will man in dieser Richtung mit Ausländern, welche in den Vereinigten Staaten Land erworben haben, ohne sich dort niederzulassen, zu Leibe gehen. Im Repräsentantenhause ist eine bezügliche Bill eingebracht worden. Dieselbe verbietet Ausländern überhaupt den Erwerb von Grund und Boden in den Vereinigten Staaten. Sie gelangte am Montag vor den juristischen Ausschuß des Repräsentantenhauses. In den beigefügten Erläuterungen wird erwähnt, daß europäische Aristokraten, zumal englische, 21 000 000 Acres Landes in den Vereinigten Staaten besitzen. Mehrere Fälle werden mitgetheilt, in welchen in England wohnende britische Unterthanen große Ländereien besitzen, von deren Verpachtung sie jährlich Einnahmen beziehen. So besitzt ein Engländer, Mr. Scully, 90 000 Acres in Illinois, von denen er 200 000 Dollars Jahresrente bezieht und in Europa verzehrt. Er hat das Land an Pächter, meist ebenfalls Ausländer, vergeben. Eine ganze englische Familie, die der Scheuleys, bezieht aus 2000 Acres bei Pittsburg 100 000 Dollars jährlich ꝛc. — Eine entgegengesetzte Entwickelung nimmt anscheinend die öffentliche Meinung bezüglich einiger Bestimmungen betreffs der Beschränkung der Einwanderung. Der Senat zu Washington hat eine Enquête veranstaltet, welche die Härten des betreffenden Gesetzes prüfen soll. Diese Enquête-Commission ist nunmehr in Chicago angekommen und hat dort mehrere Personen öffentlichen Charakters vernommen. Unter ihnen befand sich auch Herr Hermann Raster, der Chefredacteur der „Illinois Staatszeitung", ein deutscher Achtundvierziger. Er erklärte, daß nach seiner Ansicht die Deutschen die wünschenswerthesten Elemente der fremden Einwanderung darstellen, die Italiener die schlechtesten. Letztere solle man so viel wie möglich aus dem Lande zu halten suchen. Auf alle Fälle aber sei er für ein Gesetz, welches der Bundesregierung das Recht giebt, innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach erfolgter Landung unliebsame Einwanderer wieder auszuweisen. Wenn man ein solches Gesetz habe, würde man keine Johann Most's im Lande zu dulden brauchen. Es würde aber seine großen Bedenken haben!

Aus Friedrichsruh.

* Kürzlich ist, wie bereits gestern in Kürze erwähnt, auch ein Correspondent des „Daily Telegraph", Mr. Kingston, von dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh zu einer längeren Unterredung empfangen worden. Der Bericht dieses Herrn liegt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" im englischen Original vor. Derselbe ist überschrieben: „Fürst Bismarck", ab Friedrichsruh datirt vom 7. und 8. Juni und füllt in den Nummern vom 10. und 11. Juni insgesammt fünf Spalten in kleiner Schrift.

Im Eingang berichtet der Berichterstatter zunächst einige Reminiscenzen an ein früheres Zusammentreffen in Berlin mit dem Fürsten, die mehr persönlicher Art sind, dann geht er zu einer Schilderung der landschaftlichen Umgegend von Friedrichsruh und zu einer Beschreibung des Schlosses selbst, seiner Architektur, inneren Einrichtung und der zugehörigen Wirthschaftsanlagen über.

Es folgen hierauf einige Abschnitte über die Einführung des Correspondenten bei dem Fürsten, über seinen Empfang und die Aufnahme seitens desselben.

Alsdann erzählt Mr. Kingston, wie ihn Seine Durchlaucht zu einem Spaziergang in den Wald aufgefordert habe, und giebt in sehr ausführlicher Weise das Zwiegespräch wieder, welches theils bei dem Gehen, theils bei dem Ausruhen auf einigen Plätzen im Walde geführt wurde.

Ein allgemeineres Interesse bietet die zwischen dem Fürsten und dem englischen Journalisten geführte Unterhaltung erst von dem Augenblick an, wo dieselbe auf die Politik kam.

Es handelte sich dabei zunächst um die russischen Nihilisten. Fürst Bismarck äußerte sich in nachstehender Weise über dieselben auf die Frage des Berichterstatters, ob es denn keine Möglichkeit gäbe, den Zaren mit seinen unzufriedenen Unterthanen auszusöhnen:

„Der einzige Weg, um mit ihnen fertig zu werden, ist, die Gesetze zu verschärfen und sie mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen die Nihilisten zur Anwendung zu bringen. Man darf diesen Bösewichten nicht nachgeben, die selbst gar nicht wissen, was sie wollen, sondern nur jeden Augenblick bereit sind, die scheußlichsten Verbrechen zu begehen. Sicherlich giebt es viele einsichtsvolle, gebildete, liebenswürdige Russen, die maßvolle Reformen wünschen, aber bisher schien es so, als träten dieselben nicht bestimmt genug auf, um auf die am Ruder befindlichen Staatsmänner irgend welchen Einfluß zu üben. Was die Massen in Rußland betrifft, so rechnen sie nicht mit. — Die Ueberbildung schafft in Deutschland manche Unzufriedene und Mißvergnügte, in Rußland aber führt sie zur Verschwörung. Es giebt dort zehnmal so viel junge Leute, die für die höheren Laufbahnen ausgebildet werden, als Stellen im Staatsdienste vorhanden sind, wo sie kaum ein genügendes Auskommen, geschweige denn zu Auszeichnung oder zu Wohlstand gelangen können. Vielleicht ist es auch nicht das richtige System, das dort für das Studium und die Vorbereitung auf den Staatsdienst in Geltung ist. Die Söhne der Geistlichen z. B. haben meist die Gymnasial- und Universitätsstudien umsonst. Was haben sie davon? Wenn sie mit dem Studium durch sind, finden sie in 9 von 10 Fällen keine Stellung und ihr Wissen ist dann für sie nicht nur etwas Ueberflüssiges, sondern es macht sie geradezu unglücklich. Sie sind darauf hingewiesen, Höheres vom Leben zu verlangen, als es ihnen bieten kann, mit ganz wenigen Ausnahmen. Ich habe Schutzmänner in Rußland gekannt, die studirt hatten und den Doctorgrad besaßen. Giebt es etwas Närrischeres, ja Grausameres? Solche Leute, erfüllt von Neid und Haß gegen Alles, was hochstehend und glücklich ist, sind sofort für eine Verschwörung zu haben. Sie sind nicht in der Lage, aufzubauen, aber sie haben genug gelernt, um zu zerstören. Sie sind in scholastischen Künsten erzogen, aber weder politisch noch praktisch. Daher kommt auch mit die Schwierigkeit, sie in irgend einer Branche des öffentlichen Lebens zu verwenden. Die constitutionell-monarchische Regierungsform ist eine sehr hohe Stufe der politischen Entwickelung, basirend auf mancherlei schwierigem Wissen, wie auf manchem Rechtscompromiß — die Engländer nennen es das System des „Gebens und Nehmens". Sie den Händen von Unwissenden, nur theoretisch Gebildeten, Schwärmern oder mit der Geschichte und Wirklichkeit unbekannten Phantasten anzuvertrauen, wäre pure Thorheit oder gar gefährliche Schwäche. Für solche Menschen darf es nur die strenge Autorität geben, die natürlich ebenso gerecht wie hochherzig und wenn möglich auch wohlwollend sein muß. Auf der anderen Seite erzieht solche uneingeschränkte Autorität ein starres Beamtenthum, dessen Träger im Grunde doch auch nur Menschen sind. Zu viel Bureaukratismus ist schädlich, aber es ist doch nicht weise, der Macht des Staates zu enge Grenzen zu ziehen. Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß dem Parlamentarismus eine zu weitgehende Berechtigung zur Einmischung in die Staatsangelegenheiten zuerkannt und die Macht gegeben worden ist, die Regierung zu dirigiren. In Rußland haben wir das andere Extrem. Die Engländer sind alte Parlamentarier, an das Parteileben gewöhnt und bekannt mit der Nothwendigkeit gegenseitiger Concessionen, wenn der Augenblick es gebietet. Die Russen dagegen, wie ich vorhin sagte, wissen nicht, was sie wollen, weder wenn es Zeit ist zu warten, noch wann zu handeln. Sie sind auch in der Politik extrem, ohne sie zu verstehen, und sie folgen blind entweder Doctrinen oder Gefühlen, wie es gerade der Augenblick bringt. Für den Moment ist nichts für sie zu thun, als sie mit eisernen Ruthen zu zwingen."

Von dem Nihilistencapitel wendete sich alsdann das Gespräch der Arbeiterfrage zu.

Hier richtete Fürst Bismarck, nach einigen schmeichelhaften Complimenten bezüglich Mr. Burns, plötzlich die Frage an Mr. Kingston: „Haben Sie schon jemals einen Bankier mit einer Million im Vermögen, der zufrieden war, gekannt, oder ebenso einen Gelehrten, Künstler, Juristen, der von seinem Einkommen und seiner Stellung völlig befriedigt war? Ja, ich möchte weiter fragen, haben Sie überhaupt einen völlig zufriedenen Menschen gefunden? Ich will sagen, unter den Reichen, den Erfolgreichen, den Hochgeborenen oder Hochgestellten? Wie soll denn der Arbeiter zufrieden sein, dessen Leben nothwendigerweise eines von wenig Vergnügungen und viel Sorgen, von steter Entbehrung und seltenem Genießen ist? Angenommen, Sie zahlen ihm 1 Lstr. pro Tag; nach 14 Tagen wird seine Frau einen Extra-Schilling oder zwei per Tag gebrauchen zur Ausschmückung ihrer Kinder oder für den eigenen Putz, und sie wird beharrlich auf den Ehemann ihre eigene Unzufriedenheit verpflanzen. Je mehr die Arbeiter empfangen, desto mehr wachsen ihre Bedürfnisse. Ich sage nicht, daß dies nicht natürlich sei, oder daß sie von anderen Menschen in dieser Beziehung abweichen, aber die Thatsache bleibt bestehen. Sie wissen, wie erstaunlich sich ihre Lebenshaltung „innerhalb der letzten 50 Jahre verbessert hat. Haben sie Zufriedenheit für einen einzigen Tag errungen? Die begründeten Beschwerden, über welche sie zu klagen haben, werden auf natürlichem Wege nach und nach im Laufe der Zeit erledigt werden. Vor Allem mögen sie fortfahren, ihre Lage ohne Einmischung des Staates zu verbessern, denn diese kann ihnen nur mehr Schaden als Nutzen bringen, abgesehen davon, daß dadurch ein nicht wieder gut zu machendes Unrecht einer Menge anderer Leute zugefügt wird, die gerade so sehr Berücksichtigung verdienen, wie die Handarbeiter. Ich nenne es aufdringlich und ungehörig, einem Arbeiter zu dictiren, wieviel Stunden er arbeiten soll oder nicht, und seine rechtmäßige Autorität über seine Kinder in Bezug auf die dem Broterwerb dienenden Beschäftigungen zu usurpiren. Man sagt, daß ich zuerst das Beispiel gegeben, mich in Deutschland in die Angelegenheiten der Arbeiter zu mischen, und daß ich die Initiative ergriffen habe, eine Art Staatssocialismus einzuführen. Das ist durchaus nicht richtig. Was ich gethan habe, lag in der Richtung der Wohlthätigkeit, nicht in derjenigen der Einmischung. Ich befürwortete die Beschaffung irgend einer Versorgung für die durch das Greisenalter geschwächten oder durch Krankheit oder Unfall zur Arbeit unfähig gewordenen Arbeiter."

In Fortsetzung seines Berichts erzählt der Correspondent folgende weitere Aeußerungen des Fürsten Bismarck zur Arbeiterfrage:

„Ich fühlte sehr wohl, daß, wenn ein Arbeiter in einer Fabrik durch eine Maschine verletzt, oder wenn ein Bergmann durch eine Explosion verstümmelt würde, oder in Folge von Ueberanstrengung arbeitsunfähig würde, etwas geschehen müsse, um ihn vor dem Hungertode oder vor Mangel und Elend zu schützen. Auch hielt ich es für wünschenswerth und im Interesse der arbeitenden Classen, daß die Verwaltung und Ueberwachung der zu Corporationszwecken beschafften Geldmittel von den bureaukratischen Beamten auf die Arbeiter selbst übertragen würde, gleichwie dies in England bei den Wohlthätigkeitsgesellschaften der Fall ist, um den Corporationsgeist zu stärken und den Unternehmungssinn unter den Arbeitern zu fördern. Ich wollte sie von amtlicher Einschränkung und Beeinflussung befreien, in ihnen die Neigung zur Selbsthülfe fördern und das Gefühl männlicher Unabhängigkeit in ihnen erwecken und ihnen ein Gefühl der Sicherheit gegen die Unfälle, denen sie am meisten ausgesetzt sind, d. h. Krankheit, Krüppelthum, Greisenalter und bitterster Armuth, geben. Als ich meine Pläne der Arbeiterfürsorge zum ersten Mal dem Kaiser Wilhelm I. unterbreitete, erkannte dieser nicht sogleich die Tragweite derselben.

Aber als ihm dieselbe voll und klar vor die Augen trat, nahm er ihn eifrig auf, und in den letzten Jahren seines Lebens war es sein Lieblingsproject. Niemand nahm ein höheres Interesse daran oder sorgte eifriger für den Erfolg dieses Projects, als Kaiser Wilhelm I. Aber aus Arbeitern durch gesetzliche Maßnahmen zufriedene Menschen werden zu lassen, ist ein Hirngespinnst, ein Phantasieerzeugniß, welches sich nicht festhalten läßt, wenn man ihm naht. Ja, wenn die Zufriedenheit des Menschengeschlechts überhaupt erreicht werden könnte, so wäre das ein Unglück. Was könnte es Unglücklicheres geben, als das todte Niveau der allgemeinen Gleichgültigkeit, ein tausendjähriges Reich des unbewußten leiblichen Befindens, den Ehrgeiz ertödtend, den Fortschritt lähmend und zu moralischer Stagnation führend! — Wohl aber giebt es eine Menge nützlicher Arbeit zu thun in der Hinsicht, den Arbeitern technische Belehrung zugänglich zu machen; den sie umklammernden Griff der Bureaukratie zu lockern; sie zu ermuthigen, sich der verständigen Handhabung ihrer eigenen Angelegenheiten zu widmen, sowie ihre Interessen auf gesetzlichem und geordnetem Wege zu wahren, anstatt die Arbeitgeber zu bekriegen. Capital und Arbeit sollten die besten Freunde untereinander sein, und sie würden das auch zweifellos sein, wenn nicht jeder Theil vor dem anderen einen kleinen Vortheil voraus haben möchte. Dies ist natürlich einfach Menschenart, und wir dürfen nicht hoffen, diese je ändern zu können. Die Rechte des Capitals sind nicht weniger voll und respectabel als die der Arbeit. Das dürfen wir nicht vergessen."

Als wir dem Schlosse nahten — so berichtet der Correspondent weiter —, äußerte sich Fürst Bismarck sehr günstig über seinen Nachfolger, den Reichskanzler v. Caprivi, als „einen schneidigen Soldaten, einen Mann von bemerkenswerther Intelligenz und mannigfachem Wissen, vor Allem, einen vollendeten Gentleman". „Ich bin gewiß", fuhr Se. Durchlaucht fort, „daß Caprivi's Ernennung zum Reichskanzler eine absolute Ueberraschung für ihn war, der sie, einem erhabenen und loyalen Pflichtgefühl folgend, annahm, und daß er gänzlich frei von irgend einem Makel unstatthaften persönlichen Ehrgeizes ist. Er besitzt einen klaren Kopf, ein gutes Herz, eine großmüthige Natur und bedeutende Arbeitskraft. Alles in Allem ein Mann ersten Ranges." Die Conversation führte der Fürst größtentheils in englischer Sprache, die er in außerordentlichem Maße und in hoher Reinheit beherrscht und von der er fort und fort kurze episodische Absprünge in das Deutsche und Französische that.

Erwähnt sei noch aus dem Beginn der Conversation, was der Correspondent über die Erscheinung des Fürsten, sowie über dessen Aeußerungen bezüglich seiner zukünftigen Lebensweise mittheilt.

Als ich, so schreibt Mr. Kingston, mit dem Fürsten die lange Suite der Zimmer durchschritt, in deren ersten ich empfangen war, konnte ich nicht umhin, das gute Aussehen des Fürsten hervorzuheben und zu bemerken, daß ihm seine neuerliche Ruhe nach den Mühen des Amtes ersichtlich wohl gethan habe. „Ruhe", rief er aus, „ja, eine definitive Ruhe. Mein officielles Leben ist beendet. Nun werde ich Zeit haben für einige der Erholungen, die ich dreißig Jahre hindurch vernachlässigt habe. Ruhe ist gut, noch besser ist die Gewißheit, daß ich nicht wieder meine Wohnung zu wechseln haben werde. Ein Sprichwort sagt: ‚Dreimal umziehen ist so schlimm wie einmal abbrennen.'" — Ich hatte von einem alten Freunde des Fürsten in Hamburg, den er am letzten Dienstag besucht hatte, gehört, er habe gesagt, daß er während des nächsten Winters in der großen alten Hansastadt Dinereinladungen annehmen und Theatervorstellungen beiwohnen werde. Da ich wußte, ein wie zurückgezogenes Leben er zu führen gewohnt gewesen, als er im Zenith seiner Macht stand, so fragte ich ihn, ob er bei der erwähnten Gelegenheit im Scherz oder im Ernst gesprochen habe. „Im Ernst", erwiderte er, „glauben Sie nicht, daß es hohe Zeit für mich ist, etwas Amusement und einige sociale Vergnügungen zu genießen?"

Der Schluß des Berichts bezieht sich auf Aeußerungen des Fürsten über die internationale Politik und die Lage der Dinge in Europa. Die Wiedergabe derselben wird in nächster Nummer fortgesetzt werden.

* Die „Frankfurter Zeitung" leitet ihre Mittheilungen über den vorstehenden Bericht des „Daily Telegraph" mit folgender, wie sie selbst sagt, „eigenthümlichen Vorgeschichte" der Einladung des Herrn Beatthe Kingston ein:

„Die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Herrn Kingston sind bereits sehr alte und Letzterer erwähnt selbst, daß er schon vor 23 Jahren von dem Grafen Bismarck empfangen worden sei. Die Beziehungen wurden in Folge einer scharfen Aeußerung unterbrochen. Herr Kingston hatte, wenn wir nicht irren, eine von Bismarck erhaltene Nachricht seinem Blatte telegraphirt, worauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ein sehr schroffes Dementi brachte. Der Eigenthümer des „Daily Telegraph" machte dem Correspondenten Vorwürfe, und als Letzterer sich zu Bismarck begab, erklärte dieser, daß die Nachricht allerdings aus einer trüben Quelle stammen müsse. Seit einiger Zeit hat nun Fürst Bismarck versucht, die früheren Beziehungen wieder anzuknüpfen, und einem Briefwechsel ist die Einladung nach Friedrichsruh gefolgt, wohin Herr Kingston am 3. Juni abreiste."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" giebt die vorstehende Mittheilung der „Frankfurter Zeitung" gleichfalls wieder.

Der Kronprinz von Italien in Deutschland.

* Berlin, 12. Juni. Nach dem gestrigen Frühstück in der italienischen Botschaft empfing der Kronprinz von Italien in Gegenwart des Botschafters eine Abordnung der italienischen Colonie von Berlin. Das Frühstück währte bis gegen 4 Uhr. Dann ging die Fahrt nach Charlottenburg, nach dem Mausoleum, wo der Kronprinz vor den Särgen Kaiser Wilhelms und der Kaiserin Augusta verweilte, um Kränze niederzulegen. — Am Ende des Parkes lag der königliche Dampfer „Alexandra" und nahm den Kaiser und seinen Gast mit deren Ehrendienste an Bord. In Spandau wurde dem Kronprinzen eine militairische Ovation erwiesen. Der Commandant mit seinem Stabe in Paradeanzug kam in einem Boote, um sich zu melden. Von Spandau an waren längs der Ufer die Mannschaften der Garnison mit Musik aufgestellt, die den Kronprinzen mit dem italienischen Präsentiermarsch empfing. — Von Potsdam fuhr der Kronprinz in Begleitung seines Ehrendienstes, des Generallieutenants v. d. Planitz, des Majors v. Ihlewitz, des Ordonnanzofficiers Premier-Lieutenants von Kaufmann, nach dem neuen Palais zur Tafel. Ihre Majestät die Kaiserin mußte noch das Zimmer hüten. Ihre Stelle vertrat an Seite Sr. Majestät des Kaisers Ihre königliche Hoheit Prinzessin Heinrich. Gäste waren noch Prinz Heinrich, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, Prinzessin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Ueber den Familienkreis hinaus waren noch anwesend: der Reichskanzler, der Staatssecretair des Auswärtigen Freiherr v. Marschall, der Oberstkämmerer Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, der Oberschenk Fürst Hatzfeldt-Trachenberg, der Obertruchseß Fürst Radolin, der commandirende General des XIII. Armeecorps General von Loë, dann die Umgebung des Kaisers und der Kaiserin und der Ehrendienst.

* Spandau, 12. Juni. Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag mit dem Kronprinzen von Italien und den Prinzen an dem kriegsmäßigen Schießen der Militairschießschule Theil. Bei demselben bildeten die Officiere, welche sämmtlich mit Gewehren versehen waren, zwei Züge, die Stamm-Mannschaften einen Reservezug. Am Schluß der Uebung fand Parademarsch statt. Hierauf nahmen die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften die verschiedenen Gewehrarten und Pulversorten in Augenschein. Inzwischen hatte Se. Majestät das 4. Garde-Regiment zu Fuß und das 3. Garde-Grenadier-Regiment „Königin Elisabeth" alarmiren lassen. Die Regimenter waren in kürzester Zeit feldmarschmäßig ausgerückt und defilirten im Parademarsch vor Sr. Majestät dem Kaiser und dem Kronprinzen von Italien. Später wurde das Frühstück im Casino der Militairschießschule eingenommen, worauf die Herrschaften nach Potsdam zurückkehrten.

* Potsdam, 12. Juni. Zu Ehren des Kronprinzen von Italien fand heute Abend 7 Uhr im Marschallsaale des hiesigen Stadtschlosses bei Ihren königl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold ein Familiendiner statt. Links von Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich Leopold, welche die Mitte der Tafel einnahm, saß Se. Majestät der Kaiser, rechts der Kronprinz von Italien. Der Prinz Ruprecht von Bayern nahm ebenfalls an dem Familiendiner Theil.

* Potsdam, 12. Juni. Heute Abend 9½ Uhr fand in dem feenhaft erleuchteten Muschelsaale des Neuen Palais zu Ehren des Kronprinzen von Italien eine musikalische Abendunterhaltung statt. Ihre Majestät die Kaiserin wurde von dem Kronprinzen von Italien geführt und nahm an einem der im Vordergrunde aufgestellten kleinen Tische zwischen dem Kronprinzen von Italien und dem Prinzen Ruprecht von Bayern Platz; der Kronprinz von Italien saß zur Rechten Ihrer Majestät. Se. Majestät der Kaiser trug die Uniform des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Nach Schluß des Concerts wurde der Thee eingenommen.

Aus dem Reichstage.

§§ Berlin, 12. Juni. In der Arbeiterschutzcommission des Reichstages wurde heute die Berathung des §. 120 der Novelle zur Gewerbeordnung (Fortbildungsschulen) fortgesetzt. Abgg. Dr. Lieber (Centrum) und Dr. Kropatscheck beantragen, den Unterricht am Sonntag Vormittag zu untersagen. Abg. v. Kleist-Retzow beantragt folgenden Zusatz: „Die Gemeinde-Fortbildungsschule sind die jungen Leute nur dann zu besuchen gehalten, wenn sie keine vom Staate anerkannte Innungs-, Fach- oder Fortbildungsschule besuchen." Abg. v. Stumm erklärt sich gegen den obligatorischen Fortbildungsunterricht überhaupt. Geh. Rath Lohmann bittet um Ablehnung aller Anträge. Das größte Hinderniß für den Fortbildungsunterricht sei der Mangel des Verständnisses für den Werth dieses Unterrichts und dieser Mangel sei nicht nur bei Arbeitgebern und Eltern, sondern auch bei Gemeinden zu beklagen. Die Regierungsvorlage treffe das Richtige. Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrags Kropatscheck: „Vor und während des Gottesdienstes am Sonntag Vormittag darf der Unterricht nicht ertheilt werden", abgelehnt. Der zweite Theil des Antrags Kropatscheck: „An Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen", mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen u. A. die Freisinnigen Schmidt-Elberfeld und Krause, sowie Abg. Haehnle (Volkspartei). — Hierauf folgt die Berathung des §. 126, welcher zu derselben Materie (Lehrlingsverhältnisse) gehört. Die Regierungsvorlage enthält keine Abänderungsvorschläge zu den geltenden Bestimmungen. Abg. Dr. Hirsch beantragt folgenden Zusatz zu dem Paragraphen: „Der Unternehmer hat für die Erhaltung der Gesundheit der Lehrlinge Sorge zu tragen, insbesondere durch eine geregelte, nicht übermäßige Arbeitszeit und durch Beschaffung geeigneter Arbeits- und Schlafräume." Die Socialdemokraten beantragen folgenden Zusatz: „Zu häuslichen Dienstleistungen, sowie zu Arbeiten, die mit dem Beruf nicht in directer Beziehung stehen, ist der Lehrling nicht verpflichtet. Die tägliche Arbeitszeit des Lehrlings darf 10 Stunden, ausschließlich der Pausen, nicht überschreiten." Geh. Rath Lohmann macht darauf aufmerksam, daß das, was der Antrag Hirsch will, bereits an anderer Stelle der Vorlage vorhanden sei. Aber auch mit dem Antrag Bebel könne er sich nicht befreunden. Die Handwerker auf dem Lande müßten doch berechtigt sein, ihre Lehrlinge auch zu anderen Dienstleistungen zu verwenden. — Die Berathung wird Sonnabend fortgesetzt.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 11. Juni. Der Bericht der verstärkten Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf, betreffend die Schulpflicht, erstattet von dem Abg. Höppner, ist soeben erschienen. Der Gesetzentwurf ist in der Commission mit nicht sehr erheblichen Aenderungen mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen worden, kommt im Plenum aber nicht mehr zur Berathung.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Gesetzentwurf über das Notariat in der vom Herrenhause abgeänderten Fassung en bloc an und erledigte einige Wahlprüfungen sowie Petitionen ohne besonderes Interesse. Unter den üblichen Förmlichkeiten wurde alsdann die letzte Sitzung in dieser Session geschlossen. Der Schluß des Landtags erfolgt morgen Nachmittag drei Uhr in einer vereinigten Sitzung der beiden Häuser und zwar, wie man annimmt, durch den Vicepräsidenten des Staatsministeriums v. Boetticher.

Aus München.

□ München, 12. Juni. Seit einiger Zeit konnte das Gerücht von der bevorstehenden Pensionirung des Generalarztes und Universitätsprofessors Geheimraths Dr. v. Nußbaum wegen Versagens seiner körperlichen Kräfte nicht mehr zum Schweigen gebracht werden. Leider bewahrheitet sich nun dasselbe vollständig. So elastisch und frisch der Geist des berühmten Chirurgen noch ist, so wenig widerstandsfähig zeigen sich die körperlichen Kräfte. Nußbaum ist völlig taub, nahezu lahm, dabei leidet er noch an hochgradiger Schwäche der Augen und Atrophie der linken Hand. Schon länger — noch unter Minister v. Lutz — schwebten Verhandlungen, ihn zur Aufgabe seines Amtes zu bewegen, welche jedoch, weil vielleicht zu schroff geführt, scheiterten. Der Nachfolger v. Lutz', Dr. v. Müller, hat die heikle Aufgabe mit weit glücklicherer Hand angefaßt und einer befriedigenden Lösung entgegengeführt. v. Nußbaum willigt in seine Pensionirung, erbittet vielmehr diese nun selbst, doch wird sie vorläufig noch eine zeitlich begrenzte sein, da er von der Ruhe eine erhebliche Besserung seines Zustandes sich erhofft. Cultusminister von Müller würde übrigens auch im andern Fall die Angelegenheit mit aller Energie betrieben haben, da er von der anerkennenswerthen Ansicht ausgeht, der dirigirende externe Arzt des Krankenhauses, der auch Patienten ohne deren Willen unter die Hand bekomme, müsse nicht nur im Vollbesitze der geistigen, sondern auch in dem der physischen Kräfte sein. Die Entscheidung des Prinzregenten auf das Gesuch Nußbaum's dürfte noch heute erfolgen. — Herr von Müller wird in seiner Eigenschaft als Cultusminister im Laufe der nächsten Tage noch einigen hiesigen Lehranstalten und hierauf den Universitäten Würzburg und Erlangen einen Besuch abstatten. Wegen Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles in Bamberg ist maßgebenden Orts noch nicht das Geringste geschehen und sind alle gegentheiligen Meldungen grundlos. Nachdem wegen vorgerückter Zeit die Angelegenheit das nächste Consistorium in Rom nicht mehr beschäftigen konnte, ist der Zeitraum bis zum folgenden Consistorium ein so genügender, daß die Personenfrage mit aller Ruhe behandelt und erwogen werden kann, z. Z. aber noch nicht einmal ins Auge gefaßt wurde. Ebenso grundlos ist das Gerücht über bestehende Rücktrittsgelüste Minister von Riedel's in Folge der jüngsten Allerhöchsten Handschreiben. Die Entscheidung des Prinzregenten in Sachen des jüngsten Ministerwechsels wurde den Ministern Vormittags nach 9 Uhr bekannt, und schon vor Nachmittags 1 Uhr — also nach etwas über drei Stunden — waren dieselben im Besitze der Allerhöchsten Handschreiben, deren eines bekanntlich den Finanzminister in auszeichnendster Weise ehrte. — Ob der Landtag zu einer kurzen Herbstsession berufen wird, läßt sich z. Z. noch nicht übersehen, dürfte jedoch höchst wahrscheinlich der Fall sein. Wenn ja, würde die Einberufung lediglich auf Veranlassung des Kriegsministers erfolgen, der indeß ein diesbezügliches Verlangen noch nicht in Aussicht gestellt hat. Sollte die deutsche Militairvorlage für Bayern außerordentliche Credite erheischen, würde die Einberufung allerdings nothwendig. Im andern Falle würde es wohl bei der bisherigen Praxis der nachträglichen Indemnitätsertheilung der Volksvertretung sein Bewenden haben. — Das Befinden v. Lutz', das gestern Vormittag zu den schwersten Befürchtungen nur zu begründete Veranlassung bot, hat sich im Laufe des gestrigen Abends und der Nacht überraschender Weise wesentlich gebessert, so daß die Aerzte einige Hoffnung auf weitere Fristung des Lebens haben.